

# Weshalb Frauen in der Regierung fehlen

Neue Studie wird vor den Baselbieter Ersatzwahlen zurückgehalten

Die Fachstelle für Gleichstellung Baselland macht Erkenntnisse zur Vertretung der Frauen in der Politik erst Mitte Juni publik.

VON ALINE WANNER

Die Baselbieter Sozialdemokraten diskutierten an ihrem Parteitag am Dienstag intensiv über die Frauenfrage. Dass die Parteispitze anstatt einer Kandidatin aus den eigenen Reihen den EVP-Mann Thomi Jourdan unterstützt, gefällt nicht allen Genossinnen. Allen voran kritisierte SP-Vorzeigefrau Susanne Leutenegger Oberholzer das Vorgehen. Sie wolle sich nicht zwischen zwei Männern entscheiden, meckerte die Nationalrätin.

Dass es «schön wäre», wenn die SP bald mit einer Frau in der Baselbieter Regierung vertreten wäre, betont Leutenegger auch in einem Interview in der jüngsten Publikation der Fachstelle für Gleichstellung Baselland. Diese liess eine neue Studie zur Vertretung der Geschlechter in der Baselbieter Politik erstellen. Sabine Kubli, die Leiterin der Fachstelle, will die Publikation aber trotz politischer Aktualität nicht veröffentlichten. Das, obwohl das Dokument seit März fixfertig auf dem Tisch liegt. Im Newsletter Anfang Jahr wurde die Studie für «dieses Frühjahr» angekündigt. Nun soll die Präsentation erst am 13. Juni stattfinden – vier Tage nach der zweiten Regierungsratsersatzwahl.

**BEZÜGLICH DER FRAUEN-VERTRETUNG** in der Exekutive enthält die Studie aber gemäss Informationen der «Schweiz am Sonntag» interessante Erkenntnisse: So

sind die Baselbieter Frauen in der Legislative (Nationalrat, Landrat und Einwohnerräte) gut vertreten. Der Landrat befindet sich im schweizweiten Vergleich mit einem Frauenanteil von 36 Prozent gar in einer Spitzenposition. In den Exekutiven sind weibliche Repräsentantinnen jedoch deutlich untervertreten, sowohl auf kommunaler als auch auf kantonaler Ebene. Die linken Parteien konnten in der Vergangenheit nicht eine einzige Regierungsrätin stellen. Als erste Frau wurde 1994 Elsbeth Schneider (CVP) in die Baselbieter Regierung gewählt. Zweite Regierungsrätin ist Baudirektorin Sabine Pegoraro (FDP).

Die Studie nennt verschiedene Gründe, die zu einer Untervertretung der Frauen in der Exekutive führten: Ei-

setzen. Sie wolle, dass die Zahlen unabhängig vom Wahlkampf zur Kenntnis genommen würden. «Wir präsentieren die Publikation im Juni, weil wir dann auf 45 Jahre Stimm- und Wahlrecht der Baselbieterinnen zurückblicken können.» Die Studie zeichne die Entwicklung der politischen Partizipation bis in die Gegenwart nach.

**KUBLI SAGT**, es wäre «wünschbar gewesen», dass für die Ersatzwahlen eine Frau zur Auswahl gestanden hätte. Handlungsbedarf gebe es aber bei allen Parteien, nicht nur bei der SP. Die Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung kündigt an, dass Gespräche mit den Parteien geplant seien, um diese für die Problematik zu sensibilisieren und mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen. Kubli: «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen.»

Eine Massnahme, die in der Studie gegen das Geschlechterungleichgewicht in der Politik propagiert wird, sind Frauenquoten. Für Kathrin Censier, Verantwortliche für Politik und Projekte bei der Baselbieter Kommission für Gleichstellung,

wäre dies eine vielversprechende Idee. «Die Quote könnte wieder abgeschafft werden, nachdem Gleichstellung erreicht ist», sagt Censier. Ausserdem sei es wichtig, dass die Parteien langfristig Frauen fördern würden. Mit dem Ziel, jederzeit valable Kandidatinnen für ein Exekutivamt in den eigenen Reihen zu haben. Dies sei den Baselbieter Parteien derzeit offensichtlich nicht gelungen.

Ob die vorgeschlagenen Massnahmen etwas bringen, wird sich bei den Gesamterneuerungswahlen 2015 zeigen. Den Sozialdemokraten und ihren Kollegen bleiben zwei Jahre, nach Frauen in den eigenen Reihen zu suchen.



Gleichstellungshöhepunkt 2003: Erich Straumann (SVP), Elsbeth Schneider (CVP), Adrian Ballmer (FDP), Sabine Pegoraro (FDP) und Urs Wüthrich (SP).

nerseits begünstige das Majorzsystem den Erhalt von gegenwärtigen Verhältnissen. Die guten Wahlchergebnisse der Frauen würden zudem darauf hindeuten, dass Frauen nicht an der Wahl, sondern eher an der Nomination scheitern oder generell den Einstieg in die Politik seltener finden. Dazu würden beispielsweise klassische Geschlechterbilder und Stereotypen beitragen. Zudem seien die wichtigen Netzwerke in Parteien oft von Männern dominiert.

Gleichstellungs-Chefin Sabine Kubli bestreitet, dass sie die Studie zurückgehalten habe, um die linken Parteien bei der Nomination nicht unter Druck zu